

Zu Fritz Vilmars Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften

Was Fritz Vilmar etwas anspruchsvoll als Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften bezeichnet, forciert insofern zum Widerspruch heraus, als richtiges und falsches in dieser Darstellung in einer Weise vermischt wird, die geeignet erscheint, beides so eng miteinander zu verbinden, daß entweder beides akzeptiert oder beides abgelehnt wird.

Es gilt — so glaube ich — vorerst die Frage zu klären, was unter parteipolitischem Engagement der Gewerkschaften verstanden werden soll. Soll man darunter das Engagement in einer ganz bestimmten parteipolitischen Richtung verstehen oder soll darunter verstanden werden, daß Gewerkschaften und ihre Mitglieder bestimmte gewerkschaftspolitische Vorstellungen in den politischen Parteien vertreten sollen?

Im ersten Falle, der offenbar von Vilmar als selbstverständlich vorausgesetzt wird — was er keineswegs ist —, würde es sich darum handeln, ganz bestimmte von Vilmar als „links“ bezeichnete und im wesentlichen rein politische Vorstellungen durch Gewerkschaften und ihre Mitglieder in den Parteien und insbesondere in der SPD vertreten zu sehen.

Das setzt voraus, daß die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sich eindeutig und in ihrer wirklichen Mehrheit zu einem solchen Kurs bekennen. Diese Voraussetzung ist nicht gegeben und wird in einer Einheitsgewerkschaft nicht gegeben sein. Denn das, was Vilmar als „links“ bezeichnet, ist eine politische Auffassung, die von einer zwar recht aktiven aber keinesfalls für die Gewerkschaften und ihre Mitgliedschaft repräsentativen Gruppe vertreten wird.

Vilmar erkennt das auch an, denn sonst wäre seine Forderung, daß man in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit auf eine solche — also bisher nicht vorhandene — Bewußtseinsbildung hinarbeiten müsse, überflüssig.

Wenn man aber das parteipolitische Engagement der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder so auffaßt, daß ein Interesse und sogar eine dringende Notwendigkeit besteht, den Mitgliedern klarzumachen, daß sie sich nicht nur gewerkschaftlich sondern auch parteipolitisch organisieren sollen — so ist das Teil des großen und notwendigen Erziehungsprozesses, den die Gewerkschaften mit dem Ziel führen, die Arbeitnehmer zu aktiven, verantwortungsbewußten Staatsbürgern zu machen, die sich selbst ein Urteil zu bilden in der Lage sind und entsprechend handeln, das heißt in ihren politischen Parteien direkt tätig zu werden.

Selbstverständlich ist dabei, daß diese Bildungsarbeit die Aufgabe hat, Vorstellungen über gewerkschaftspolitische Zielsetzungen zu vermitteln und so den Gewerkschafter in die Lage zu versetzen, in seiner Partei diese Vorstellungen zu vertreten und durchzusetzen.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist aber nicht der Ort, parteipolitische Kader auszubilden, — also eine Schule für die Auseinandersetzung zu sein, die innerhalb der Parteien durch ihre Mitglieder stattfinden soll und muß — und das Instrument zur Umwandlung irgendeiner Partei in diesem oder jenem Sinne zu sein.

Wenn Parteimitgliedern, die der SPD oder der CDU angehören, die Politik ihrer Partei mißfällt, wenn sie der Meinung sind, daß Funktionen und Positionen in ihrer Partei anders besetzt oder gestaltet werden sollten — so ist es ihre Aufgabe, sich innerhalb ihrer Partei zu solchem Ziel zusammenzufinden und entsprechende Vorhaben zu entwickeln. Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, in die Parteien hineinzuregieren, wie es nicht Aufgabe der Parteien sein kann, das Gleiche in den Gewerkschaften zu tun.

Soweit es sich um parteipolitisches Engagement der Gewerkschaften als Organisationen handelt, können sie und müssen sie in einem engen Kontakt mit den Parteien als Organisationen stehen. Das heißt, sie müssen in ständigem Kontakt mit den verantwortlichen Parteigremien ihren Einfluß auf die Entscheidungen der Parteien in allen solchen Fragen geltend machen, die sie als Gewerkschaften interessieren. Das sind natürlich auch rein politische Fragen. Aber und das scheint mir wichtig zu sein — das ist etwas wesentlich anderes, als sozusagen neben den Parteien Kader auszubilden, die man dann mit gebundener Marschroute zur Umwandlung der Parteien in sie hineinschickt.

Um dem erklärten Willen der Gewerkschaften in den Parteien Geltung und Einfluß zu verschaffen, gibt es — und das ist bei Vilmar richtig gesehen — nur die Möglichkeit, die Gewerkschaftsmitglieder zu parteipolitischer Aktivität innerhalb ihrer Partei zu veranlassen. Dort sollen und müssen sie gewerkschaftliche Forderungen und Vorstellungen im Rahmen der durch die betreffende Partei gegebenen oder zu schaffenden Organe durchzusetzen suchen.

Welche Vorstellungen die Gewerkschaften als ihre Forderungen und Wünsche entwickeln, ist das Ergebnis eines innergewerkschaftlichen Prozesses, der mit Begriffen wie „links“ oder „rechts“ usw. nicht zu definieren ist, sondern auf Grund der Kongreßbeschlüsse unter einer Gesamtkonzeption des Grundsatzprogrammes sich wesentlich in Entscheidungen zu Einzelfragen darstellt.

Es erscheint mir zumindest zweifelhaft, daß dabei das herauskommt, was Vilmar offenbar als gegeben unterstellt: nämlich eine politische Aussage, die dem in allen Fällen entspricht, was jenen Gruppen vorschwebt, die er mit Recht als in der linken Sackgasse befindliche Sekten bezeichnet.

Um es kurz zusammenzufassen:

Richtig ist, daß der Einfluß der Arbeitnehmerschaft innerhalb der großen politischen Parteien ungenügend erscheint. Der Grund dafür ist nicht nur ein Mangel an Bereitschaft von Seiten der Parteien und gewiß nicht der SPD, sondern vor allem ein Mangel an parteipolitischem Engagement der Arbeitnehmerschaft. Wer nicht dabei ist, kann nicht wirksam werden. Dieses Engagement zu fördern ist nicht nur eine Aufgabe, die die Gewerkschaften im Eigeninteresse erfüllen müssen, sondern sie liegt im Interesse einer funktionierenden und tatsächlich lebendigen Demokratie.

Richtig ist, daß die Gewerkschaften dazu zunächst einmal klare Vorstellungen in bezug auf ihre grundsätzliche gewerkschaftliche und politische Konzeption zu entwickeln haben. Das ist im Grundsatzprogramm geschehen. Schlicht falsch ist, zu behaupten, daß der DGB versäumt habe, diese Grundvorstellungen in bezug auf Einzelfragen zu konkretisieren. Die Notstandsgesetzgebung, die Frage der Erweiterung der Mitbestimmung, das Aktionsprogramm und vieles andere sind eindeutige Beispiele für das Gegenteil. Ob das, was dabei herausgekommen ist, dem entspricht, was sich manche gewünscht hätten, ist eine andere Frage, aber das ist kein Anlaß zu behaupten, daß man nicht zu bestimmten Fragen konkrete Vorstellungen entwickelt hat. Auch zu Fragen der Probleme, die Vilmar unter der Rubrik Friedenssicherung anführt, hat der DGB auf seinen Kongressen konkret Stellung genommen. Vielleicht nicht im Sinne einer Stellungnahme, wie sie Vilmar wünschen würde — aber nichtsdestoweniger konkret.

Richtig ist, daß also die Gewerkschaften ihre Tätigkeit verstärken sollten, ihre Forderungen und Vorstellungen noch klarer und noch eindringlicher ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Richtig ist, daß sie in ihrer Bildungsarbeit darum besorgt sein müssen, ihre Mitglieder zur Aktivität im Sinne dieser Vorstellungen und Forderungen im Rahmen der tätigen Mitarbeit in den Parteien zu erziehen.

Falsch ist, dabei vorauszusetzen, daß es sich bei unserer politischen Bildungsarbeit darum handelt, eine neue Taktik für „linkssozialistische“ Parteikader zu entwickeln.

LUDWIG ROSENBERG

Das kann, wenn überhaupt, nicht Aufgabe einer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sein — das kann nur innerhalb der Parteien selbst geschehen.

Die Erarbeitung gewerkschaftspolitischer Vorstellungen ist Sache der Gewerkschafter. Die Vertretung solcher Vorstellungen in den politischen Parteien ist Sache der Gewerkschafter in ihrer Eigenschaft als Parteimitglieder. Sind sie beides gleichzeitig — Gewerkschafter und Parteimitglieder — (und wir wünschen, daß sie es sind), so sollten sie wissen, daß es notwendig ist, zwischen der aktiven Funktion in der Gewerkschaft und in ihrer Partei insoweit zu unterscheiden, daß die Grenzen nicht verwischt werden.